

Ausländische Geber an ägyptischem Infrastrukturausbau beteiligt

Der ägyptische Staat ist als Initiator von Vorhaben wichtig, kann den Investitionsbedarf in vielen Infrastrukturbereichen aber nicht aus eigener Kraft decken. Seit 2010 existiert eine gesetzliche Grundlage für Public-private Partnerships (PPP). Solche Vorhaben auf den Weg zu bringen, erfordert jedoch lange und komplizierte Abstimmungsprozesse. Koordiniert werden die Projekte durch die PPP Central Unit, die in ihrem Internetauftritt auch englischsprachige Informationen bereitstellt.

Ägypten kann auf die Unterstützung zahlreicher Partner zählen. So tauchen im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten immer wieder die Weltbank, die African Development Bank (AfDB), die KfW, die EBRD und Fonds aus den Golfstaaten auf. Die Weltbank finanziert derzeit 10 Projekte im Infrastrukturbereich mit insgesamt 3,5 Mrd. US\$ und die AfDB neun Vorhaben mit einem Schwerpunkt auf Energie sowie Wasser und Abwasser. Der Fokus der KfW Entwicklungsbank liegt im Energiesektor, 2015 beliefen sich ihre Zusagen in diesem Bereich auf 72 Mio. Euro. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit engagieren sich auch zahlreiche andere europäische Länder, die USA und Japan.

Seit Anfang 2015 nimmt das Interesse chinesischer Staatsunternehmen an Infrastrukturprojekten in Ägypten erkennbar zu. Anbieter aus der VR China erfahren staatliche Unterstützung und bringen zumeist Finanzierungen mit. Das fordert Wettbewerber aus anderen Ländern heraus, die nicht mit einer so starken Flankierung arbeiten können. Zudem erleichtert eine Währungsswap-Vereinbarung Ägypten die Inanspruchnahme chinesischer Leistungen. Dennoch ist die Kooperation kein Selbstläufer und viele Ideen bleiben bloße Absichten. Dem Vernehmen nach waren Konflikte um den Quadratmeterpreis und die Gestaltung von Gebäuden die Ursache dafür, dass das Herzstück der neuen Hauptstadt nun doch nicht von einem chinesischen Anbieter gebaut wird.

Text: Oliver Idem

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.